Erstes Blatt.

Thorner  Zeitung.

Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends
mit Ausnahme des Montags.
Als Beilagen: **„Illustrirtes Sonntagsblatt"** und illustrirter **„Zeitspiegel."**
Abonnements-Preis für Thorn und Vorstädte, sowie für Podgorz, Mocker und Culmsee frei ins Haus vierteljährlich **2 Mark.** Bei allen Postanstalten des deutschen Reiches **2 Mark 50 Pfg.**

Begründet 1760.

Redaction u. Expedition Bäckerstr. 39.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis: Die 5gespaltene Corpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf. — Annahme bei der Expedition und in der Buchhandlung **Walter Lambeck**, Fernsprech-Anschluß Nr. 81, bis zwei Uhr Mittags.
Für **Mocker** bei Herrn Kaufmann **Brosius**; für **Podgorz** bei Herrn **Grahlow** und Herrn Kaufmann **R. Meyer**; für **Culmsee** bei Herrn Kaufmann **P. Haberer.**
Auswärts bei **allen** Annoncen-Expeditionen.

Nr. 292. Dienstag, den 13. Dezember 1892.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung vom 10. Dezember 12 Uhr Mittags.

Am Tische des Bundesraths: Graf Caprivi, v. Boetticher, Freiherr v. Marschall, v. Kaltenborn-Stachau, Schott von Schottenstein.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Militärvorlage (Gesetzentwurf betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres).

Preußischer Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau: Ich habe noch die militärischen Gesichtspunkte, welche für die Vorlage maßgebend gewesen sind, durch einige Mittheilungen zu ergänzen. Außer dem vorliegenden Entwurf ist Ihnen noch einer betreffend den Heeresersatz zugegangen. Beide Vorlagen stehen im Zusammenhang. Bei der neuen Regelung des Heeresersatzes kommt endlich der Grundsatz zur Durchführung, daß Heer und Marine die Bildungsschule für die Vertheidigung des Vaterlandes sein sollen. Dazu genügt der heutige Rahmen des Heeres nicht mehr, seitdem auch die anderen Staaten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben. Wir mußten aber zu einer Verstärkung der Präsenzstärke schreiten; da die Verlängerung der Dienstzeit, bezüglich der wir schon bis an die äußerste Grenze gegangen, ausgeschlossen war, mußten wir zu einer Vermehrung der Kadres und des Mannschaftsbestandes greifen. Die Mittel für eine solche Vermehrung würden aber unerschwinglich sein, wollten wir die dreijährige Dienstzeit aufrecht erhalten. Ein Abgehen von derselben war um so gerechtfertigter, als bei der heutigen verschieden langen Dienstzeit auch die Ausbildung der Truppen eine sehr verschiedene war. Wir erreichen durch die allgemeine Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen eine gleichmäßige Ausbildung. Gleichzeitig ermöglichen wir es, für den Kriegsfall mehr ausgebildete Mannschaften zur Verfügung zu haben. Ebenso aber ermöglichen wir damit, daß nicht sofort die Landwehr einberufen zu werden braucht; die Landwehr kommt also wieder in ihre ursprüngliche Stellung als Vertheidigerin des Landes zurück. Außerdem erstrebt die Vorlage eine Vermehrung der Kavallerie, die sich aber aus Rücksichten der Sparsamkeit in engen Grenzen hält. Für die Feldartillerie ergiebt sich die Vermehrung des Mannschaftsbestandes aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

Endlich beabsichtigen wir eine Ergänzung des Bestandes der Spezialtruppen, die sich aus militärischen Rücksichten rechtfertigt. Nähere Mittheilungen behalte ich mir für die Kommission vor.

Abg. Freiherr v. Huene (Ctr.): Der Kriegsminister rechtfertigt die Vorlage aus rein militärischen Rücksichten. Es giebt aber auch wirthschaftliche Rücksichten, die wir nicht außer Acht lassen können und die uns zu der Ansicht führen können, daß man so weit nicht zu gehen braucht. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage betreffend den Heeresersatz scheint mir auf richtigen Gruudsätzen zu beruhen. Ein Bedenken dagegen ergiebt sich aus dem Umstande, daß das platte Land mehr wehrpflichtige Männer hervorbringt, als die Städte, daß aber das platte Land hier wiederum stärker betroffen wird.

Was die hier zur Berathung stehende Vorlage betrifft, so haben wir uns auf eine Besprechung derselben nicht eingelassen, weil unsere Fraktionsberathungen noch nicht zu Ende waren. Ich kann heute erklären, daß die Vorlage, wie sie ist, in ihrem vollen Umfange für uns unannehmbar ist. (Hört! Hört!) Ja, meine Herren, deshalb sage ich das ja. (Heiterkeit.) Aber in Konsequenz unserer Stellungnahme zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit sind wir bereit, alles zu bewilligen, was zu deren Durchführung im Rahmen der jetzigen Präsenzstärke nothwendig ist. Wir stehen eben auf dem Boden den Windthorst'schen Resolutionen. Ein gewisses Entgegenkommen liegt allerdings in den Vorlagen, aber Entgegenkommen ist noch keine volle Uebereinstimmung. Wir haben zunächst in den Resolutionen uns gegen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aus finanziellen Rücksichten ausgesprochen; der Kriegsminister hat ja auch angeführt, daß die Kosten für die Durchführung unerschwinglich sein würden. Der Entwurf will nun die allgemeine Wehrpflicht nicht völlig durchführen, er läßt noch immer einzelne Kreise der Bevölkerung von der Dienstpflicht frei. Aber werden auch die Verdy'schen Pläne nicht ganz durchgeführt, so handelt es sich doch zweifellos um eine Vermehrung der Präsenzstärke um nicht weniger als 83 000 Mann. Das heißt also 83 000 Paar arbeitskräftige Arme dem bürgerlichen Beruf entziehen.

Aber es kommen auch noch finanzielle Belastungen im Betrage von 57 bezw. 64 Millionen an fortlaufenden Ausgaben, ungerechnet die hohen einmaligen Kosten. Und das in einer Zeit des wirthschaftlichen Druckes.

Zunächst betrachten wir die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Bezüglich dieser ist keine genügende Garantie dafür gegeben, daß jeder einzelne Mann nach zweijähriger Dienstzeit entlassen wird. Dann will man 173 neue vierte Bataillone errichten. Gegen solche ist man mißtrauisch geworden, nachdem man sie einmal vor einer Reihe von Jahren eingeführt, um sie dann nach wenigen Jahren zu selbstständigen Regimentern zu formiren. Ich verkenne nicht, daß die zweijährige Dienstzeit Mehrkosten für die Vermehrung des Ausbildungspersonals verursachen wird, aber dem stehen doch wirthschaftliche Vortheile gegenüber, die nicht zu verkennen sind.

Die Vorlage will ferner an Stelle der bisherigen Maximal- und Minimalziffer eine Durchschnittsziffer festsetzen. Auch darin liegt eine finanzielle Mehrbelastung. Dagegen liegt in der Herabsetzung der Feststellung der Präsenzstärke von sieben auf fünf Jahre ein dankenswerthes Entgegenkommen. Aber wenn man bedenkt, daß wir anf dem Grundsatz gestanden haben, die Präsenzstärke jährlich festzusetzen, wenn man besonders das letzte Septennat daraufhin ansieht, wie sich die Regierung daran für gebunden gehalten hat, dann muß man sich doch fragen, was hat eine Bewilligung auf eine Reihe von Jahren für einen Zweck? Ein Abkommen, das man nicht zu halten im Stande ist, sollte man doch nicht nochmals erneuern. Zum mindesten meinen wir ein weitgehendes Entgegenkommen gerade bei diesem Punkt erwarten zu können. Aber ich glaube, wir können und wir sollen uns verständigen, indem wir uns dahin einigen, das zu thun, was für die wirthschaftlichen Interessen möglich, für die militärischen nöthig ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (dfr.): Ich stehe in der grundsätzlichen Auffassung der Vorlage dem Vorredner ziemlich nahe. Ich kann mich, da ich die allgemein politischen Gesichtspunkte bereits bei den Etatsverhandlungen erörtert habe, auf den Inhalt des Entwurfs über die Präsenzstärke beschränken. Was meine Laienhaftigkeit in militärischen Dingen betrifft, so gründe ich mein Urtheil im wesentlichen auf die Angaben, die uns in den verschiedenen Militärvorlagen gemacht worden sind. Wenn sich aber der Reichskanzler auf die militärischen Autoritäten berufen will, so ist das bei dieser Vorlage doch am wenigsten angebracht, da es ein offenes Geheimniß ist, daß sehr viele militärische Autoritäten sich gegen die Vorlage ausgesprochen haben. Und wenn der Reichskanzler auch in militärischen Dingen eine hohe Autorität ist, ist er es denn auch in anderen Dingen? Gewiß war er es nicht beim Antritt seiner jetzigen Stellung, aber er hatte die nöthige Bildung, um sich in die verschiedenen Materien hineinzuleben. Wie sehr sich die militärischen Autoritäten irren, zeigt uoch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die einen wahren Triumph des Laienverstandes über die Fachmänner darstellt. (Sehr richtig! links.) Noch vor wenigen Jahren bezeichnete General Vogel von Falkenstein es als ein Glück, wenn ein Mann noch ein drittes Jahr den Miseren des bürgerlichen Lebens entzogen bleibt (Lachen links), heute wird es als ein Glück bezeichnet, daß der Mann ein Jahr früher in den bürgerlichen Beruf zurückkehren kann. Es war also hier wenig am Platze, sich auf die militärischen Sachverständigen zu berufen. Der Reichskanzler hat aber auch die alte Fortschrittspartei angegriffen wegen ihrer Haltung in der Konfliktszeit. Ich muß demgegenüber betonen, daß ich diese Haltung der Partei auch heute vollkommen verstehe. Ich brauche nur darauf verweisen, daß der Kriegsminister die Vermittelungsvorschläge als eine Brücke ansah, auf der ein Ausgleich ohne Schädigung der Wehrkraft des Landes möglich sei. Der Ausgleich scheiterte nur an dem Widerspruch des Monarchen. (Hört! hört! rechts.)

In dem Widerspruch gegen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht haben wir übrigens nicht allein gestanden, sondern sie ist auch von den Konservativen gefordert worden. Dagegen haben wir von jeher die zweijährige Dienstzeit verlangt, um den wirthschaftlichen Interessen des Landes eine größere Berücksichtigung zu gewähren. Ja, wir gehen sogar weiter und halten es für angängig, die Vergünstigung des einjährigen Dienstes auch anderen Leuten zu gewähren als denjenigen, die gerade zwei fremde Sprachen gelernt haben. Bezüglich der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist schon verschiedentlich auf einen Ausspruch König Wilhelm's I. vom Jahre 1857 hingewiesen worden, in dem er den Gedanken daran mit dem Hinweis auf die unerschwinglichen Kosten ablehnte. Man setzte damals die Grenze von 1 Prozent der Bevölkerung fest. Erst durch die Verdy'schen Pläne kam der Gedanke an eine stärkere Heranziehung der Wehrpflichtigen zur Uebung wieder zur Diskussion. Und zum ersten Mal will man mit dieser Vorlage die Heeresstärke Frankreichs übertreffen. Diesem Grundgedanken müssen wir um so entschiedener entgegentreten, als man vermuthen muß, daß der Plan nur der erste Schritt zur Verwirklichung der Verdy'schen Pläne ist. In der Begründung stimmen ja beide schon heute überein. Herr von Verdy hatte nur das Bedenken, sein Projekt sei mit diesem Reichstage nicht durchzusetzen. Daran glaubt sich der Reichskanzler nicht für gebunden. In dem Grundgedanken der heutigen Vorlage spiegelt sich so recht der herrschende Militär-Idealismus. In diesem konnte man uns sageu: Alles, was bisher gethan ist, war nur Flickwerk, wir müssen etwas Neues, Großes schaffen.

Was nun die Frage des Ausbildungspersonals betrifft, so wird man später sicherlich im Rahmen dieser Vorlage mit höheren Forderungen kommen. Die Frage ist, ob nicht die Offiziere vielfach zu jung sind, und daß sie das sind, dafür finde ich eine Bestätigung in den Schriften des Generals Boguslawski. Derselbe steht vollständig auf dem Boden der Vorlage, hat aber in einem Punkte Bedenken. Er sagt: „Wir haben zu junge Offiziere, es ist überaus bedenklich, daß die jungen Leute jetzt, ohne vorher genügend in einem Truppentheile gedient zu haben, schon Offiziere werden, man müßte einführen, daß die Leute etwa 2½ Jahre in einem Truppentheile dienen, ehe sie Offiziere werden, denn sonst kommt es dahin, daß die Offiziere 3 bis 6 Jahre jünger sind als die Rekruten, welche in Bezug auf Wissen und Erfahrung den Offizieren dann häufig überlegen sind; das führt zu Mißständen, die man in vollem Umfange bei einer Mobilmachung merken würde; es muß das Bestreben darauf gerichtet sein, erst in einem späteren Alter die Leute zu Offizieren zu befördern." Ich berufe mich also hier auf dieselbe militärische Autorität, auf welche sich die ganze Vorlage stützt.

Was soll nun aber aus den Unteroffizieren und Offizieren werden, wenn sie aus dem aktiven Dienste ausscheiden? Wenn das Heer in dem geplanten Maße vermehrt wird, kann man jedenfalls den Grundsatz nicht länger aufrecht erhalten, daß derjenige Offizier, der beim Avancement nach der Anciennität übergangen ist, seinen Abschied nimmt. (Hört! hört! links.) Bei einer solchen Vermehrung der Armee müßte außerdem die Pensionskasse um 6 bis 8 Millionen erhöht werden. Dieser Posten ist bisher auch noch nicht in Rechnung gestellt worden.

Wie steht es aber mit der Unterbringung der neu hinzukommenden Mannschaften? Schon jetzt sind für 17000 Mann und 7000 Pferde in der heutigen Armee keine Kasernen vorhanden, und für die Vermehrung sind noch gar keine Kasernen da. Es wird sich dafür ein Extraordinarium von 200 Millionen außer den verlangten 64 Millionen herausstellen, das ebenfalls noch gar nicht in Rechnung gestellt ist.

Man unterschätzt auch sehr die persönliche Belastung durch die neue Vorlage. Der Verminderung der Produktion steht die Unterhaltung aus den Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber, welche in ihrer Produktionskraft geschädigt wird. Es ist unmöglich, daß diese Kreise um so viel mehr angestrengt werden sollen, um diesen Bedarf an Steuern aufzubringen. Für alle bürgerlichen Betriebe war es bisher von großer Bedeutung, über einen sicheren Bestand von Kräften zu verfügen. Die Uebungspflicht lastet auf sehr vielen bürgerlichen Betrieben sehr schwer (Sehr wahr), namentlich in Städten und industriellen Bezirken. Die Folge ist, daß sehr viele Arbeitskräfte vom Lande nach der Stadt gezogen werden, und die städtischen Verhältnisse erwecken in ihnen den Trieb, sich nach beendigter Dienstzeit in den Städten niederzulassen.

Von Seiten des Reichskanzlers wird uns die Verjüngung der Armee als ein Mittel zum Ausgleich der Steigerung der persönlichen Militärlast angeführt. Diese kommt aber nur im Kriege in Betracht, uud der Krieg ist doch der Ausnahmezustand. Im nächsten Kriege würde die Verjüngung sehr wenig bedeuten und sie gewinnt erst in dem Maße Bedeutung, als die Vorlage ihre Konsequenzen zieht und erst in 20 Jahren würde sie alle Jahrgänge umfassen. Was hat es nun für eine Bewandtniß mit der Schonung im Kriege? Der Kriegsminister hat gesagt, es müßte das ganze Volk aufgeboten werden. Der Hauptnachtheil also, daß hunderttausende, Millionen Landwehr- und Landsturmmänner von ihrer Familie und ihrem Erwerbe entfernt werden, dauert fort. Auch das ist nur bedingt der Fall, daß diese Leute künftig der Gefahr für Leben und Gesundheit weniger ausgesetzt sein werden. Oft erfordern die Epidemien, die sich als Folge der Kriege herausstellen, mehr Menschenleben, als die Kugeln dahinraffen. Ist die Verjüngung aber wirklich gesichert, wenn die Russen sich aufgestachelt fühlen, auch in der Vermehrung der Kriegsformationen weiter zu gehen?

Wir sind bereit, innerhalb des Rahmens der Präsenzstärke die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zur Grundlage zu nehmen, wenn die-

---

Der Väter Schuld.

Roman von S. Wörishöffer.*

(Nachdruck verboten.)

1.

Der von Amerika kommende Dampfer hatte seine lebendige Fracht herausgegeben und auf der Landungsbrücke drängte sich ein buntes Gewühl aller möglichen Gestalten. Hier trafen einander langgetrennte Menschen und vergaßen in der Freude des Wiederfindens die Welt um sich herum; dort standen Fremde, die zum ersten Male das Londoner Häusermeer mit scheuem Blick überflogen, während noch andere zwar nach Hause zurückkehrten, aber von keinem Willkommengruß, keinem frohblickenden Auge empfangen wurden. Sie waren vielleicht von allen die Aermsten; hochfliegende Hoffnungen hatten sie über das Wasser getrieben und gänzlich enttäuscht suchten sie die heimathliche Erde wieder auf, — nur um in ihrem Schoße ausruhen zu dürfen von den Mühen der zeitlichen Pilgerfahrt.

Etwas entfernt von dem breiten Strome der Passanten stand ein junger Mann, welcher keiner der hier genannten Gruppen beizuzählen gewesen wäre. Auch er war allein, aber sein freier Blick, sein männlich braunes Antlitz zeugten von keinem Leide; er hatte die Sorge für das Handgepäck einem Diener übertragen und spähte jetzt umher, als suche er etwas. Die ganze Erscheinung ließ den Gentleman, den Angehörigen der besseren Klassen, deutlich erkennen.

Nicht weit von ihm bewachte eine ältliche Frau mit forschendem Blick den Zugang zur Brücke. Sie musterte jeden Vorübergehenden und hob, sobald ein einzelner junger Mann des Weges kam, hastig in der Rechten eine dunkelrothe Geranie bis an die Lippen empor, aber ohne eine Beachtung dieses kleinen Manövers zu erreichen, bis plötzlich der vornehm aussehende Reisende dasselbe bemerkte. Er ging der Frau entgegen und grüßte freundlich.

„Wahrscheinlich Mrs. Trollope — Madame?"

Die behäbige Frau knixte. „Zu dienen, Sir. Ach, es freut mich so sehr, daß Sie gekommen sind! — Welch ein prächtiger, junger Herr! — Mary Ann sagte es mir schon: „Du kannst ihn ganz allein an seiner Schönheit erkennen, Lizzie!"

Der Fremde lachte hell auf. „Das wäre also abgethan, meine liebe Frau Trollope. Jetzt geben Sie noch gütigst einem Droschkenkutscher die Adresse des betreffenden Gasthauses und dann setzen Sie sich zu mir in den Wagen."

Die lächelnde Frau knixte immerfort. „Wäre mir zwar eine große Ehre, aber ich möchte mit Ihrer gütigen Erlaubniß doch lieber zu Fuß gehen, denn mein Weg ist ein ganz anderer, Sir, und ich muß auch Mary Ann benachrichtigen. Die arme liebe Dame, Mrs. Smith, wie sie in der Anstalt genannt wird, weiß nämlich noch von gar nichts."

Der junge Mann nickte zufrieden. „Das ist vernünftig, Mrs. Trollope, sehr vernünftig; Mary Ann war immer eine besonnene, ruhig überlegende Person, ich freue mich sehr, sie wiederzusehen."

„Und nun noch eins, liebe Frau", setzte er dann hinzu. „Kennen Sie hier am Orte ein zuverlässiges Auskuftsbureau?"

Mrs. Trollope sah ihn an. „Weshalb Sir? — Ich bin Zeit meines Lebens in London gewesen und kann Ihnen alles sagen, was Sie etwa zu wissen wünschen."

Der Fremde lächelte. „Ich brauche einen tüchtigen Advokaten, liebe Frau, einen Mann, der zugleich Redlichkeit und Verstand besitzt. Da wird also die Wahl nicht so leicht werden, ich —"

Sie unterbrach ihn beinahe ängstlich. „Sir, um des guten Gottes willen, Sie haben doch nicht etwa die Absicht, gegen den Direktor der Anstalt eine Klage anzustrengen? — Das wäre ein verhängnißvoller Irrthum!"

Er schüttelte ziemlich erstaunt den Kopf. „Es ist aber doch wirklich der einzig mögliche Weg, um eine Untersuchung herbeizuführen und die Schwester meines Vaters aus einer entsetzlichen Gefangenschaft zu befreien," sagte er halblaut.

Mrs. Trollope drängte ihn zu einer Droschke, deren Führer langsam herbeikam. „Steigen Sie nur erst einmal ein, Sir, das Weitere wird sich schon finden. Ich sage Ihnen, die Sache kann auch auf andere Art gemacht werden, leichter, schneller, ohne Aufhebens. So, so, mein guter Sir, — wir sprechen uns wieder."

Dann gab sie dem Kutscher eine Adresse, grüßte nochmals, halb ehrerbietig, halb vertraulich und trabte schnellen Schrittes davon, während der Dienstmann einen Handkoffer und eine Ledertasche in den Wagen beförderte, worauf sich dieser schwerfällig in Bewegung setzte. Die Fahrt ging durch Gassen und Gäßchen über breite Plätze und Alleen bis ins Herz der Riesenstadt, dann hielt die Droschke vor einem ziemlich mittelmäßig aussehenden Hause, über dessen Thür ein verwittertes Schild die Worte „Hotel zur Germania" in goldenen Lettern zur Schau trug. Eine etwas fragwürdig aussehende Holzpuppe mit einem zerbrochenen Schild und einem Helm auf dem Kopfe zierte außerdem den ziemlich schmutzigen Eingang.

Der Wirth und der Hausknecht stürzten zugleich auf die Straße hinaus. Gäste, die in einer Droschke gefahren kamen, gab es für das Hotel nicht viele, man beeilte sich daher, den vornehm aussehenden Fremden im Triumph die Treppe hinaufzugeleiten und ihm die beiden besten Zimmer des Hauses zur Disposition zu stellen.

Er sah nur flüchtig hinein. „Haben Sie keine anderen Räume, Herr Wirth?" fragte eine tiefe, wohlklingende Stimme.

---

*) S. Wörishöffer's Erzählungen: „Sensitive", „Der letzte Arnsteiner", „Dämon Geld", sind in prachtvollen Farbeneinbänden erschienen im Verlage von Carl Georgi, Berlin, Großbeerenstraße 48.

selbe vollständig gesetzlich gesichert ist. In der Hinsicht muß ich allerdings viel strengere Anforderungen stellen, als Frhr. v. Huene. Hier kann man dem einzelnen Mann sagen: Ja, im Gesetz steht wohl die zweijährige Dienstzeit im Allgemeinen, Du bist aber nicht da einbegriffen, bei Dir sind besondere Gründe vorhanden. Wenn jetzt ein zur Reserve entlassener Mann wegen nothwendiger Verstärkung einberufen wird, so gilt diese Einberufung als Reserveübung. Nach dieser Vorlage wird er aber nicht als Reservist, sondern als Dispositionsurlauber einberufen, und wenn sich die Einberufung auf das ganze dritte Jahr ausdehnt, so wird sie ihm auf die Reservezeit in keiner Weise angerechnet. Herr von Kardorff hat von seinem Standpunkt aus ganz Recht, wenn er sagt, daß es ein Trost sei, daß wenigstens in der Verfassung an der dreijährigen Dienstzeit nichts geändert wird, so könne darauf zurückgegriffen werden, wenn das Experiment nicht gelänge. Kommt ein anderer Reichskanzler und ein Kriegsminister, der in dieser Beziehung denkt, wie der Abg. v. Kardorff, so ist man durch kein Gesetz und keine Verfassung gehindert, sofort die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Was für ein Hinderniß liegt vor, wenn die Regierung zur zweijährigen Dienstzeit übergehen will, warum schreibt man das nicht in das Gesetz? Das ist ein Zustand, der noch nicht dagewesen ist. Man will die zweijährige Dienstzeit einführen und läßt die dreijährige in der Verfassung stehen. Die zweijährige Dienstzeit muß uns doch werden, denn nachdem einmal die Militärverwaltung sie für zulässig erklärt hat, wird sich keine Regierung mehr gegen diese Forderung der Nation ablehnend verhalten können (Lebhafter Beifall links).

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich bin dem Hause eine Erklärung schuldig. Neulich habe ich gesagt, ich hätte den Eindruck, daß Herr Richter vom militärischen A B C wenig verstände. Er ist also darauf zurückgekommen, und ich will meine Aeußerung wenigstens in etwas modifiziren. Das Mindeste, was man von jemand verlangen kann, der über militärische Dinge spricht, ist meines Dafürhaltens, daß man im Stande sein muß zu unterscheiden zwischen dem Werth eines Haufens bewaffneter Vaterlandsvertheidiger und dem einer Truppe. Es mag sein, daß bewaffnete Vaterlandsvertheidiger, getragen von Patriotismus und Begeisterung, Heroisches leisten. Es kommen in manchen Zeiten der Geschichte Heldenthaten von solchen Männern vor. Aber ein Haufe von bewaffneten Vaterlandsvertheidigern ist noch keine Truppe, weil ihnen der innere Zusammenhang fehlt, und es ist eine begreifliche Schwierigkeit für den, der niemals mit einer Truppe in Beziehung gestanden hat, sich das Imponderabile ganz klar zu vergegenwärtigen. (Widerspruch links.) Ich erkenne an, daß der Abg. Richter Militaria mit großem Eifer studirt, ich glaube auch, daß er als Militärstatistiker es zu einem ziemlich hohen Grade gebracht hat, aber soldatische Dinge zu beurtheilen halte ich ihn um deswillen noch nicht für fähig, weil ihm die innere Kenntniß fehlt von dem, was das Wesen einer Truppe macht.

Er hat im Laufe seiner langen Rede gesagt, wir hätten doch keine Autoritäten für uns oder: wir hätten die militärischen Autoritäten gegen uns. Ja, das ist ganz natürlich bei solchen Organisationsfragen. Ich habe mir schon neulich anzudeuten erlaubt: es giebt überhaupt nur wenige Offiziere, die das Ineinandergreifen der Dinge vollständig übersehen. Ich glaube nicht, daß jemals eine wesentliche Aenderung in der Organisation herbeigeführt worden ist, mit der alle Offiziere, selbst diejenigen, die als Autoritäten zu gelten Anspruch machen dürfen, einverstanden waren. Es bleibt also in diesen Dingen nur übrig, daß zuletzt entschieden wird, und das kann, da wir nicht in einer militärischen Republik leben, nicht durch Abstimmungen und Votirungen gemacht werden, sondern die Stelle, die dazu berufen ist, kann nach ihrer vollen Kenntniß der Sache die Entscheidung treffen. Man hat nun auch uns, den jetzigen Vertretern der Vorlage, entgegengehalten: Ja, was seid ihr gegen die Männer, welche die Reorganisation von 1861 gemacht haben. Das waren Moltke und Roon. Richtig. Nur als diese Herren die Organisation von 1861 machten, hatten sie von der Berühmtheit, unter deren Glorie sie uns vor Augen stehen, noch nichts, sondern waren bis dahin unbekannte Staatsmänner oder junge Generale (Zustimmung rechts).

Der Abgeordnete hat den Umstand, daß die verbündeten Regierungen jetzt die zweijährige Dienstzeit für zulässig hielten, als einen Triumph des Laienverstandes bezeichnet. Ich möchte dem Laienverstande seine Freude an dem Triumph nicht schmälern. Aber ist denn das das Kunststück, die zweijährige Dienstzeit zu erfinden? Man kann eben so gut eine einjährige Dienstzeit erfinden und die Abgeordneten von der Sozialdemokratie haben uns neulich ja ganz leise eine Dienstzeit von einigen Wochen empfohlen. Es kann jeder sagen, ich interessire mich für die zweijährige Dienstzeit. Das Kunststück war aber, die Kompensationen zu finden, die wir bei der zweijährigen Dienstzeit brauchen. (Beifall.) Diese sind für uns nichts Gleichgiltiges, sondern der wesentlichste Theil der Sache. Und unter diesen Kompensationen ist die Vermehrung der Friedenspräsenzstärke für uns der springende Punkt. Das, was wir wollen, kann nur heute erreicht werden, wo wir einen verhältnißmäßig großen Ueberschuß von wehrfähigen jungen Leuten haben, die wir einstellen können. Auf diesen Ueberschuß basiren wir den Wunsch und das Bestreben, zu verjüngen.

Ich möchte hier nun noch einmal konstatiren, wie groß der Ueberschuß ist, der bei der Mobilmachung, um mich eines modernen Ausdrucks zu bedienen, zunächst „hinter dem Ofen sitzen" bleibt. Das sind, wenn man die Jahrgänge, sofern sie gedient haben, in Feldtruppen und Reservetruppen eintheilt, also die Contemporains dieser Leute, die eingestellt sind, über 1 Million. Die bleiben hinter dem Ofen sitzen. Ich habe mir schon neulich erlaubt, darauf hinzuweisen, daß das nicht im Interesse des Staates oder des Reiches liegt, weder wirthschaftlich noch militärisch und finanziell. Wir wollen also 60000 Mann mehr einstellen, geben davon die Leute ab, die bei dem jetzigen Verfahren der Ersatzreserve und künftighin den Ersatzbataillonen zugewiesen werden, so behalte ich rund etwa 44000 Mann mehr übrig. Bewilligen Sie also die Vorlage, so tritt nach zwölf Jahren der Zustand ein, daß wir 450000 Mann mehr an den Feind führen können, als bisher, oder 450000 mehr Junge mitnehmen und 450000 mehr Alte zunächst zu Hause lassen können. Nun wollen Sie bedenken, was diese Zahl bedeutet. Die Ausrüstungsstärke der Feldinfanterie des deutschen Heeres betrug im Jahre 1870 alles in allem 420000 Mann, also das, was wir durch die Verjüngung erreichen, ist mehr, als die gesammte Feldinfanterie des norddeutschen Bundes und der süddeutschen Kontingente zusammen im Jahre 1870 betrug.

Die Rekrutenmutter hat der Abg. Richter doch als künftig vielfach in Mitleidenschaft gezogen hingestellt. Ich möchte nur eins berichtigen, daß eine Rekrutenmutter mit drei Söhnen schon sofort in die Lage kommen könnte, diese drei Söhne einzustellen. Das ist bisher nicht geschehen, sondern man thut das nach und nach. So wird es auch in Zukunft bleiben. Die Rekrutenmutter ist in Zukunft nicht schlechter daran wie jetzt. Die Einwirkung des weiblichen Geschlechts — Herr Richter meinte, ich wollte auf diese Einwirkung verzichten und es aus der Armee verbannen — ist gerade bei der Mobilmachung sehr wesentlich. Was kein Bezirks-Kommandant herausbekommt, wenn irgendwo ein Mann aus der Kontrole geblieben ist oder die Neigung hat, sich nicht zu stellen, — die Landwehrfrau bringt den Mann an und ebenso kontrolirt die Rekrutenmutter ganz genau, wenn man ihre Söhne einstellt und andere zurückbehält. Die Landwehrmutter hat der Abg. Richter nicht angeführt. Ich sehe darin die Konzession, daß es unter den Landwehrfrauen populär sein wird, wenn wir ihre Männer solange zu Hause lassen, bis alle jüngeren Leute vor den Feind geführt sind. (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann im Uebrigen in Bezug auf Einzelheiten, die etwa noch zu besprechen sind, theils auf die Berathungen in den Kommissionen, theils auf die Darlegungen der militärischen Kommissare verweisen. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Manteuffel (k.): Die Vorlage bringt eine sehr große Mehrbelastung mit sich. Wir behalten uns eine strenge sachliche Prüfung der Vorlage vor. In einer Zeit des wirthschaftlichen Niederganges müssen wir doppelt vorsichtig sein. Besonders schwer würde unserer Partei die Zustimmung zur Vorlage gemacht werden durch die theilweise Aufhebung der dreijährigen Dienstzeit, für die die konservative Partei seit einem Menschenalter Schulter an Schulter mit der preußischen Regierung gekämpft hat. Der Reichskanzler hat vor 2 Jahren noch ausgeführt, welche großen Vortheile in Bezug auf die Ausbildung der Truppen, namentlich im Schießen, die dreijährige Dienstzeit vor der zweijährigen hat. Die Siege von 1866 sind unter der Herrschaft der dreijährigen Dienstzeit errungen; und wir sind unserm hochseligen Monarchen zum größten Danke verpflichtet, daß er uns 1862 die dreijährige Dienstzeit erhalten hat. (Beifall rechts.) Die Ausbildung wird bei kürzerer Dienstzeit sicherlich viel schwieriger werden, zumal wir ja mit den neuen Verhältnissen des rauchlosen Pulvers zu thun haben. Der springende Punkt ist für uns der, ob uns nachgewiesen werden kann, daß die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke eine wirklich nothwendige ist, und ob auch bei zweijähriger Dienstzeit die Ausbildung der Truppen eine vorzügliche wird sein können.

Ueber die Kostenfrage werden wir nur in der Kommission im Einzelnen Klarheit bekommen können. Der Börsensteuer haben meine politischen Freunde ja immer ein ganz besonderes Interesse zugewandt; nur ist uns bedenklich, ob nicht die Börse die Verdoppelung der Steuer auf das außerhalb der Börse stehende Publikum abwälzen wird. Auch mit der Biersteuer sind wir im Ganzen einverstanden, aber auch da haben wir Bedenken wegen der Abwälzung eines Theils derselben auf die Konsumenten. Auf die Branntweinsteuer hat Abg. Richter ja am meisten losgeschlagen; auch wir hätten es am liebsten gesehen, wenn die Branntweinsteuer hier ganz aus dem Spiel gelassen wäre. Die Landwirthschaft befindet sich nach wie vor unter einem großen Druck. Die Körnerernte ist zwar diesmal eine gute, aber sie wird aufgewogen durch die schlechten anderen Ernten. Da darf man der Landwirthschaft, der ja die Militärvorlage noch ganz besondere Lasten auferlegt, auf keinen Fall den bisherigen Schutz entziehen; denn dann nimmt man ihr die Möglichkeit, zu existiren und trägt dazu bei, die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das platte Land zu tragen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die verbündeten Regierungen fragen, in welcher Weise sie den Wünschen entgegengekommen sind, die wir in dieser Beziehung geäußert haben. Noch vor einem Jahr verlangte ich von der Regierung als Aequivalent für die Handelsverträge eine Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz und der Reichskanzler hat sie uns auch zugesagt.

Präsident v. Levetzow: Das gehört doch nicht zur Sache.

Abg. v. Manteuffel (fortfahrend): Die Landwirthschaft, Herr Präsident, hat doch die Kosten der Militärvorlage mit zu tragen. (Heiterkeit.)

Präsident v. Levetzow: Aber diese Gelegenheit ist doch nicht dazu geeignet, Fragen an die Regierung zu stellen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (fortfahrend): Ich erinnerte den Herrn Reichskanzler nur an unsere Wünsche. (Heiterkeit.) Sodann ist es ein dringendes Erforderniß für die Landwirthschaft, daß die Regierung endlich einmal eine andere Stellung einnimmt gegenüber der Währungsfrage. (Glocke des Präsidenten. Heiterkeit.)

Ich resumire mich dahin: Durch die Rede des Herrn Reichskanzlers vom 22. November können wir uns zu einem zustimmenden Votum ohne Weiteres nicht bestimmen lassen, sowohl in Rücksicht auf die materielle Belastung, als auch auf das Aufgeben der dreijährigen Dienstzeit, in der wir, wenn nicht ein volles Aequivalent dafür geboten wird, allerdings eine Gefahr für die Armee erblicken. Der Reichskanzler hat an unseren Patriotismus appellirt; wir sollten unser Geld geben, da doch die Freiheitskämpfer ihr Blut gegeben haben. Es handelt sich aber hier doch nicht um unser persönliches Geld, sondern um das Geld aller Steuerzahler, und da sind wir zu einer genauen Prüfung verpflichtet. Wird aber unser Blut verlangt, so werden wir es mit derselben Freude und Bereitwilligkeit vergießen, wie wir es 1870 gethan haben; wenn der Kaiser ruft, werden wir alle kommen. (Beifall.)

Abg. v. Komierowski (Pole): Unser Etatsredner hat bereits über unsere Stellung zur Militärvorlage gesprochen. Auch wir machen uns zur Pflicht, die wirthschaftlichen Interessen des Volkes zu berücksichtigen. Und da habe ich zu erklären, daß die Vorlage, so wie sie ist, für uns unannehmbar ist. Die wirthschaftliche Lage ist bei uns in den polnischen Provinzen eine ganz besonders schlechte. Und wir gerade müssen fragen: Wenn man einen Hundertmillionenfonds dazu übrig hat, uns politisch zu bekämpfen, wie kommt man dazu, von uns neue Steuern zu verlangen? Auch wir wollen die Wehrkraft des Reiches so stark wie möglich wissen. Aber wir halten die moralische Seite der Wehrkraft für ebenso wichtig. Gebe man unserem Volke eine gesunde, religiöse Jugenderziehung, gebe man uns die Möglichkeit der Erziehung unserer Kinder in unserer Muttersprache, dann wird man bei uns nicht Anarchisten züchten und wird die moralische Wehrkraft des Volkes kräftigen. Eine Militärvorlage, die so weit geht in der Heranziehung der Wehrfähigen, ist eine zu große Belastung des Volkes. Mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit sind wir einverstanden. In Bezug auf die Kompensation werden wir erst das Material in der Kommission abwarten müssen. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Interpellation betr. die deutschen Gewehre, sowie die Brüsseler Münzkonferenz und Fortsetzung der heutigen Diskussion.)

Schluß gegen 4½ Uhr.

Tagesschau.

Was wird? Die erste Berathung der neuen Militärvorlage im deutschen Reichstage hat auf Grund der Erklärung des bekannten Führers der Centrumspartei, des Abgeordneten Frhr. v. Huene, die Gewißheit gebracht, daß die Militärvorlage so, wie sie heute ist, vom Parlament nicht genehmigt werden wird. Wenn nun aber die Ansicht auftaucht, es werde überhaupt nichts bewilligt, der Reichstag aufgelöst werden, oder gar der Reichskanzler zurücktreten, so schießt das sehr weit über das Ziel hinaus. Im Gegentheil dauern die Versuche zu einer Verständigung fort, und man meint, sie würden in der Kommission bald greifbar auftreten. Das Ende ist noch nicht abzusehen, aber der ruhige Ton, in welchem die Reichstagsdebatten geführt werden, läßt hier und da die Anschauung auftauchen, daß wir einer Vereinbarung näher sind, als mancher glauben mag. Konfliktsstimmung herrscht nicht im Reichstage und nicht bei der Regierung.

Die nationalliberale Partei und der Liberalismus. Die Heidelberger Delegirten-Versammlung der nationalliberalen Partei hat bei der Berliner Parteileitung beantragt, daß von der Partei die liberalen Grundsätze wieder auf das Schärfste betont und in den Vordergrund gestellt werden.

Von der nationalliberalen Partei ist folgende Interpellation im Reichstage eingebracht worden: „Die in dem soeben beendeten Prozesse Ahlwardt vernommenen militärischen Sachverständigen haben sich zwar schon entschieden für die gute Qualität unserer neuen Infanterie-Bewaffnung ausgesprochen. Nichts destoweniger erscheint es wünschenswerth, wenn von höchster autoritativer Stelle aus eine Bestätigung und Bekräftigung dieses Urtheils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deshalb an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit ist, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mittheilung zu machen?" Die Reichsregierung wird heute, Montag, wie es heißt, zur Interpellation Buhl über unser Infanteriegewehr im Reichstage erklären lassen, daß auch nach dem Judenflintenprozeß zu irgend welchen Bedenken gar kein Anlaß vorliegt. Unsere Gewehre sind durchaus kriegsbrauchbar. (Vgl. Telegramm.)

Die Vorgänge im Ahlwardt-Prozeß werden naturgemäß viel besprochen. In einer ganzen Reihe von antisemitischen Versammlungen sind Ahlwardt und sein Vertheidiger Hertwig sehr gefeiert, den letzteren will man im Königreich Sachsen bei erster Gelegenheit sogar als Reichstagsabgeordneten aufstellen, während das Verhalten des Gerichtshofes scharfer Kritik unterzogen wird. Von den politischen Parteien sprechen sich Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige entschieden gegen Ahlwardt aus, während die konservative Partei bekanntlich die stärkere Strömung zu Gunsten des Antisemitismus aufweist. Hervorragende freikonservative und nationalliberale Organe, die bisher enge Beziehungen zu der konservativen Partei pflegten, kündigten derselben unbedingt die Freundschaft, seitdem auf dem neulich stattgehabten konservativen Parteitage die antisemitische Richtung die Oberhand gewonnen hat. Es heißt jetzt, die 21 konservativen Reichstagsabgeordneten, welche sich gegen die Hineinbeziehung der Judenfrage in das konservative Programm ausgesprochen haben, würden aus der Partei austreten, sobald dieselbe praktische Anträge zur Verwirklichung der antisemitischen Forderungen stellt.

In einer Berliner Versammlung wurde mitgetheilt, daß das Organ des Herrn Stoecker, „das Volk," mit einem Jahresverlust von 40 000 Mark arbeitet, den seit zwei Jahren ein Parteigenosse allein deckt.

Der Newyorker Berichterstatter der „Hamb. Nachr." verzeichnet das ihm von gut unterrichteter Seite zugehende Gerücht, daß Karl Schurz von dem zukünftigen Präsidenten Cleveland zum Gesandten der Union für Berlin ausersehen sei.

Der Londoner „Morningpost" zufolge ging dort die Meldung ein, Emin Pascha sei im März mit seinem ganzen Gefolge von den Manyemas, die er geworben, um seine Habseligkeiten durch das Congogebiet nach der Küste zu befördern, am Ituriflusse (dem Oberlaufe des Aruwimi, westlich vom Albert-Nyanza) ermordet worden (Bestätigung bleibt bei der notorischen Unsicherheit der afrikanischen Nachrichten abzuwarten. D. R)

Die Stellung der Reichsregierung zum Ahlwardt-Prozeß. Die Nordd. Allg. Ztg. bringt einen längeren Artikel, welcher die Stellung der Reichsregierung zum Ahlwardt-Prozeß zum Ausdruck bringt. Aus den Ausführungen sind folgende Zeilen hervorzuheben. „War es nothwendig, daß es so weit kam? Daß wir um Ahlwardts Willen und seiner so perfiden und doch so nichtssagenden „Enthüllungen" auch nur einen Moment vor In- und Ausland in die Lage versetzt wurden, als sei unser Schild nicht spiegelblank, unsere Waffe nicht von Edelmetall? Trifft nicht eine große Verantwortung alle diejenigen, nach deren Vorbilde Ahlwardt sich herangebildet? oder die zu hellen Haufen zu ihm geströmt sind und seinen Worten gelauscht haben, als verkünde er ein lauteres Evangelium? oder endlich auch diejenigen, die, statt sein gemeingefährliches, scheinheiliges Gebahren niederzudrücken, lau von fern standen, es gehen und treiben ließen, wie es eben ging? Darüber dürfen wir uns nicht täuschen: in dem Entwickelungsgange des Ahlwardtschen Treibens wie in dem dessen Auswüchse nur noch krasser zu Tage fördernder Verlaufe des wider ihn eingeleiteten Prozeßverfahrens ist ein Mißtrauen, eine Achtungsleere, und eine Unbotmäßigkeit beobachtet worden, die nicht weiter um sich greifen darf, und der mit Selbstachtung, aber auch mit fester Hand den Zügel anzulegen Pflicht aller Derer ist, welche es wohl mit unserer Nation meinen, und die sie zum Rechten zu weisen berufen, sei es, sich fühlen, sei es, wirklich sind. In diesem Sinne kann der Prozeß Ahlwardt zu einem Gewitter werden, dessen das Land durchfegenden Sturm die Luft reinigen und den gesunden Sinn im Volke stärken möge." Nach einer Bemerkung der Nat.-Ztg. besteht Uebereinstimmung einer großen Mehrheit des Reichstags darüber, den zu erwartenden Antrag auf Unterbrechung des gegenwärtigen Strafverfahrens gegen Rektor Ahlwardt nicht, wie es sonst geschieht, ohne Weiteres anzunehmen, sondern der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Im Gegensatze hierzu theilt die Lib. Korr. mit, daß sich die freisinnige Fraktion dahin schlüssig gemacht habe, daß kein Anlaß vorliege, von der bisherigen Praxis in solchen Fällen, ohne jede Rücksicht auf die Person, die Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens während der Session auf Grund des Artikels 31 der Verfassung zu verlangen, jetzt abzuweichen. — Der Ahlwardt-Prozeß wegen der Judenflinten-Brochüre hat am Freitag Abend mit der Verurtheilung des Angeklagten sein Ende erreicht. Der Gerichtshof verurtheilte Ahlwardt wegen dreier strafbarer Beleidigungen zu 5 Monaten Gefängniß. Die Begründung hebt hervor, daß die Brauchbarkeit der Löweschen Gewehre durch die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten keineswegs beinträchtigt worden sei; die Auskunft der Militärbehörden stelle vielmehr glänzende Ergebnisse fest. Der Angeklagte habe offenbar die ganze Sache nicht verstanden. Schuldig befunden sei der Angeklagte der Beleidigung der Leiter der Fabrik, sowie der Büchsenmacher wegen der Anschuldigung, 1500 Gewehre seien widerrechtlich gestempelt, ferner mehrfacher schwer kränkender Beleidigung des Ober-Büchsenmachers Kirch. Da kein Beweis erbracht, daß Ahlwardt die Unwahrheit der Behauptungen gekannt habe, sei gegen ihn der mildere Paragraph angewendet worden. Die Begründung sagt, wenn es Hunderte von Ahlwardts gäbe, würde bald Niemand mehr ruhig auf der Straße gehen können. Löwe und Kühne hätten ihr Bestes daran gesetzt, dem Staat gute Gewehre zu liefern. — Rektor Ahlwardt hat seinen unfreiwilligen Aufenthalt in Plötzensee wieder bezogen. Der Verurtheilte wurde am Sonnabend durch einen Schutzmann in Zivil aus dem Untersuchungsgefängniß mittels Droschke wieder nach dem Strafgefängiß in Plötzensee bei Berlin überführt.

Deutsches Reich.

Unser Kaiser ist am Sonnabend Spätabend von den Hofjagden in Springe im besten Wohlsein wieder im Neuen Palais eingetroffen. Mit dem Kaiser traf auch Prinz Ludwig von Bayern aus Springe ein. Am Sonntag Vormittag wohnten die kaiserlichen Majestäten dem Gottesdienst in der Potsdamer Friedenskirche bei. Mittags empfing der Kaiser den Generalstabschef Grafen Schlieffen II und hatte eine Konferenz mit dem Reichskanzler. Am Nachmittag fand bei den kaiserlichen Majestäten in der Jaspisgallerie das Neuen Palais Tafel von einigen 30 Gedecken statt, an welcher der Prinz Ludwig von Bayern, die in Berlin anwesenden fremden Kriegsminister und höhere Militärpersonen theilnahmen. Heute, Montag, gedenkt der Kaiser einer Einladung des Amtsrathes von Dietze-Barby zur Jagd zu entsprechen. Am Abend erfolgt dann die Weiterreise von Barby nach Neugattersleben zur Jagd.

Herr von Bornstedt, der Landrath von Friedeberg, dem der Minister des Innern seine Mißbilligung wegen der Unterzeichnung des Wahlaufrufes für Ahlwardt ausgesprochen hat, soll nach der „Staatsb.-Ztg." gegen sich die Einleitung der Disziplinar-Untersuchung beantragt haben.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Kaufbeuren, in der auch der bekannte Münchener Preußenfresser Dr. Sigl wieder als Kandidat aufgestellt worden war, ist der Zentrumskandidat Zindt gewählt worden.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, liegt die Wahrheit der sich widersprechenden Ausstreuungen betreffs der Löweschen Gewehre in der Mitte, sofern auf des Kaisers Anregung der Herr Kriegsminister eine schleunige Nachrevision sämmtlicher vor-

---

„Das hier ist zu geräuschvoll, der Straßenlärm dringt jeden Augenblick herauf."

Der Wirth verzog das Gesicht. „Es sind auch noch zwei kleinere Zimmer da, mein Herr, aber bei Weitem nicht so bequem eingerichtet, so angenehm und mit so guter Aussicht. Urtheilen Sie nur selbst!"

Er öffnete eine Seitenthür und ließ seinen Gast eintreten. Für diesen schien ein einziger Blick aus den Fenstern des dumpfigen Raumes entscheidend gewesen zu sein, er legte Hut und Handschuhe auf einen Tisch.

„Es ist gut, Herr Wirth, hier bleibe ich. Lassen Sie, bitte, mein Gepäck heraufbringen. Apropos, was für ein Gebäude ist das da?"

Er deutete auf ein großes schwarzes Haus, das mitten in einem verstaubten Garten lag und das von der Straße durch eine hohe Mauer getrennt wurde. „Ist es ein Gefängniß, mein Herr Wirth? Wie heißen Sie übrigens?"

„Matthesius, werther Herr, Karl Matthesius. Ich bin einer der vielen Deutschen, denen es in London nie — so recht gelingen wollte. Das Haus da ist eine Irrenanstalt."

„Ah — ein Privatunternehmen?"

„Ja, die Klinik des Herrn Doktor Elliot, Sir."

„So, so, — nun lassen Sie mir etwas Genießbares zukommen, Herr Matthesius. Ich werde einige Tage, vielleicht eine Woche hier bleiben."

Der Wirth entfernte sich, rückwärts gehend; nur eine Frage konnte er nicht unterdrücken. „Ist der Herr vielleicht ein Deutscher?"

„Von Geburt, ja."

(Fortsetzung folgt.)

handenen Bestände angeordnet hat. Und zwar ist bei dieser Kontrolmaßregel ausdrücklich thunlichste Beschleunigung verfügt worden.

Finanzminister Dr. Miquel ist von seiner neulichen Erkrankung wiederhergestellt und wird in dieser Woche wieder an den Sitzungen der Steuerkommission des preußischen Abgeordnetenhauses theilnehmen, welche die Vermögenssteuer ziemlich durchberathen hat. Der Wiederzusammentritt des Plenums des Abgeordnetenhauses wird am 10. Januar erfolgen.

Die Expedition der deutschen Kolonial-lotterie unter dem Befehl des Lieutenants Langheld verläßt am 21. Dezember auf dem Reichspostdampfer „Bundesrath" Neapel, um nach Deutsch-Ostafrika zu gehen. Von Bagamoyo aus wird die Expedition im Eilmarsch den Viktoria-Nyanza zu erreichen suchen.

Der Reichstag hatte am Sonnabend ein martialisches Aussehen; am Bundesrathstische glänzte Uniform an Uniform. An der Seite des Reichskanzlers hatte auf eine einladende Handbewegung hin der bayerische Kriegsminister v. Safferling sich niedergelassen, neben ihm saß der preußische Kollege v. Kaltenborn, dann kamen noch zwei Generale und schließlich der „Kleine Admiral", Staatssekretär im Reichs-Marineamt, Herr Hollmann; noch vier Kriegsmänner hatten an dem Langtisch dahinter Platz genommen und an der Wand lehnten bundesbefreundet ein Preuße und zwei Bayern in Generalstabsuniform.

Das feierliche Leichenbegängniß von Werner v. Siemens fand gestern unter überaus großer Betheiligung statt. Im Auftrage des Kaisers wohnte der Reichskanzler Graf Caprivi der Feier bei. Ferner waren die Minister v. Bötticher, v. Berlepsch, v. Schelling, Vertreter der Reichsbehörden und der höchsten preußischen Behörden, der Akademie der Wissenschaften der Akademie der Künste und der Universität, der technischen Hochschule, die Spitzen der Behörden Berlins und Charlottenburgs anwesend. Archidiakonus Scholz hielt die Trauerrede. Vor dem Trauerhause hatten sich 4000 Arbeiter mit umflorten Bannern sowie Deputationen der Filialen und nahestehender Firmen mit Musikcorps der Garde-Artillerie, der Garde-Dragoner und der Bergarbeiterkapelle aufgestellt, welche sich dem Zuge nach dem Friedhofe anschlossen, wo die Beisetzung erfolgte.

Ausland.

Frankreich.

Paris. In der Deputirtenkammer geht es jetzt, nachdem das Ministerium Ribot über den ersten Stein des Anstoßes fort ist, etwas ruhiger zu. Dagegen ist es im Panamakanalausschuß um so lebhafter. Die Anordnungen des Ausschusses haben zu einem Zusammenstoß mit dem Generalstaatsanwalt Quesnay de Beaurepaire geführt, der sich in seinen Rechten gekränkt fühlte und deshalb seine Entlassung gab. Mit Mühe hat sich Beaurepaire bewegen lassen, die Präsidentenstelle beim Pariser Obertribunal anzunehmen, da die Regierung den angesehenen Beamten dem Staatsdienst zu erhalten wünscht. — Die Leiche des in den Panamaskandal verwickelten Baron Reinach, die ausgegraben ist, ist von den Aerzten untersucht. Es soll sich Vergiftung als Todesursache ergeben haben. Eine besondere Kommission wird die im Nachlasse des Selbstmörders vorgefundenen Papiere prüfen. — Die Expedition nach Dahomey hat allerdings mit dem Siege den Franzosen geendet, kostet aber noch immer viel Geld. Der Kriegsminister hat schon wieder 6 Millionen Frcs gefordert.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Im österreichischen Abgeordnetenhause sind in letzter Zeit mehrere Lärmszenen vorgekommen, die sich aus Zusammenstößen der Liberalen und Antisemiten und der Deutschen und Czechen herleiteten. Zur künftigen Vermeidung solcher Vorkommnisse soll nun die Geschäftsordnung des Hauses wesentlich strengere Bestimmungen erhalten.

Budapest. Die Studenten der hiesigen medizinischen Fakultät demonstrirten gestern gegen den Professor der Chirurgie Dr. Josef Kovacs, angeblich wegen brutaler Behandlung der Kranken bei den von demselben vorgenommenen Operationen Den empörten Studenten soll der Professor zugerufen haben: Wir sehen uns ja bei dem Rigorosum.

Rußland.

Petersburg. Rußland streitet sich mit Bulgarien wegen der Zahlung der rückständigen Okkupationskosten umher Die Russen verlangen prompte Zahlung, und die Bulgaren, die gerade kein Geld übrig haben, möchten thunlichst abhandeln. Die Verhandlungen führt der deutsche Generalkonsul in Sofia. — Nach Depeschen, die aus Taschkow eingetroffen, wurde Generalmajor Drazkowski ermordet, weil er als Präsident des Militärgerichtshofes in Taschkow zahlreiche Nihilisten verurtheilt hatte. Das Verbrechen ist also auf ein politisches Verbrechen zurückzuführen.

Locales.

Thorn, den 12. Dezember 1892.

Thorn'scher Geschichtskalender.

Von Begründung der Stadt bis zum Jahre 1793.

Dez. 13. 1445. Verordnung des Rathes, wonach jeder Hausbesitzer zur Winterzeit seinen Rinnstock bedecken und verwahren soll bei 1 Mark Strafe, womit auch der freie Ablauf von den laufenden Brunnen geschaffen werden soll.

„ 13. 1703. Werden die kriegsgefangenen Sachsen von den Schweden nach Schweden abgeführt.

)(**Landwehr-Verein.** Die am Sonnabend, den 10. d. Mts. abgehaltene Hauptversammlung des Landwehr-Vereins war so zahlreich besucht, daß der Nicolaische Saal die erschienenen Mitglieder kaum fassen konnte. Der erste Vorsitzende Herr Landgerichtsrath Schulz erinnerte in seiner Eröffnungsrede an den am 2. Weihnachtsfeiertage wiederkehrenden Geburtstag des großen deutschen Freiheitsdichters Arndt, welcher im Jahre 1769 auf der Insel Rügen geboren wurde, während durch eine besondere Fügung des Schicksals in demselben Jahre sein Todfeind, der Franzosenkaiser Napoleon 1., ebenfalls auf einer Insel (Korsika) geboren war. Die Rede schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hurrah für unsern Kaiser. In den Verein sind 7 Kameraden neu aufgenommen und 9 Herren haben sich zur Aufnahme gemeldet. Ein Mitglied mußte wegen Nichtzahlung der Beiträge ausgeschlossen werden und 2 Mitglieder sind gestorben. Das Andenken der Letzteren wurde seitens der Kameraden durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der Geburtstag Sr. Majestät wird von dem Verein voraussichtlich am 21. Januar k. J. in den Räumen des Viktoria-Etablissements gefeiert werden. Die alljährlich abzuhaltende Genenalversammlung hat statutengemäß im Februar jeden Jahres stattzufinden. Hier wird die Wahl des Ehrenrathes, des Vorstandes und anderer Abordnungen vorgenommen, ebenso können nur beim Generalappell Aenderungen der Vereinssatzungen vorgenommen werden. Anträge hierzu, welche von den Vereins-Mitgliedern gestellt werden, sind dem Vorstande bis spätestens den 1. Januar 1893 schriftlich vorzulegen. Der Verein besteht am 18. d. Mts. 3 Jahre. Es ist somit die Zeit herangekommmen, die Verleihuug einer Vereinsfahne bei Sr. Majestät zu beantragen. Nach Schluß des geschäftlichen Theils hielt der Herr erste Vorsitzende einen Vortrag, welchem er die von dem „Militär-Wochenblatt" der preußischen Landwehr zugefügten Verunglimpfungen zu Grunde legte. Der Herr Vortragende stellte zunächst fest, daß das „Militär-Wochenbl.", welches zwar von einem General a. D. herausgegeben wird, in keiner Weise mit unserer Regierung in Verbindung steht und daß die Auslassungen dieses Blattes, da ihm der offiziöse Charakter vollständig fehlt, auch nichts Beleidigendes für die Landwehr haben können. Sodann wurden die von dem Organ hervorgehobenen Unregelmäßigkeiten, welche bei einigen Landwehrbataillonen während des Feldzuges 1870|71 vorgekommen sein sollen, an der Hand des großen Generalstabswerkes Punkt für Punkt vollständig widerlegt und in den meisten Fällen geradezu das Gegentheil bewiesen. Mit der Zuversicht, daß die preußische Landwehr nach wie vor ihre Pflicht gegen Kaiser und Reich erfüllen wird — „das walte Gott" — schloß der Herr Vorsitzende den spannenden Vortrag, der von den Kameraden durch einen nicht enden wollenden Beifall belohnt wurde. Hierauf kam der gemüthliche Theil in seiner schönsten Weise zur Geltung.

— **Doppelkonzert.** Das zu gestern Abend im Gartensaale des Schützenhauses angekündigte Doppelkonzert war sehr gut besucht, wobei neben dem künstlerischen Renommee der Ulanenkapelle wohl auch die Mitwirkung einer russischen Damenkapelle eine gewisse Anziehungskraft geübt hatte. Die Enttäuschung über letztere war beim Publikum ungemein groß und das Mißfallen äußerte sich in Zischen oder ironischem Beifallsklatschen. Es gehört wirklich eine gute Portion Dreistigkeit der russischen Fiedlerinnen und Fiedler dazu, dem Thorner Publikum solche „Musik" zu bieten, die in eine russische Dorfschenke gehört. Herr Stabstrompeter Windolf that mit seiner wackeren Kapelle im 3. Theile sein Möglichstes, um das Publikum einigermaßen zu entschädigen, und daß ihm dies in vollem Maße gelang, bewies der reiche Applaus.

— **Den Besuch der Wohlthätigkeitsvorstellung,** welche morgen (Dienstag) Abend im Artushofe stattfindet, möchten wir unsern Mitbürgern warm ans Herz legen. Mit dem Ertrage derselben soll die bittere Noth der Armen gelindert werden, für welche zwar schon behördliche Fürsorge eintritt, die aber doch der Unterstützung der wohlhabenderen Bevölkerung bedarf. Für die Mitwirkenden, welche ihre geschätzten Kräfte so uneigennützig der Wohlthätigkeit widmen und ihr noch Zeit und Geld opfern, wird ein starker Besuch die höchste Belohnung sein. Billets sind in der Buchhandlung des Herrn Walter Lambeck zu haben.

— **Pensionirung.** Der Königliche Kreis-Schulinspektor Schröter in Thorn ist vom 1. Januar 1893 ab mit Pension in den Ruhestand versetzt.

— **Zugverspätung.** Der über Posen kommende Berliner Frühzug hatte heute eine Verspätung von 80 Minuten, sodaß der Eingang der Postsachen unliebsam verzögert wurde.

(:::) **Lehrer-Verein.** In der Sitzung am Sonnabend wurde ein Schreiben des Vorstandes des Provinzial-Lehrer-Vereins als Antwort für die eingereichten Anträge verlesen und beschlossen, der Comenius-Gesellschaft als Mitglied beizutreten. Lehrer Chill referirte sodann über den dem Landtage vorgelegten Gesetz-Entwurf betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Diensteinkommens der Volksschullehrer und verlas die wichtigsten Theile aus der Begründung dieses Gesetz-Entwurfes. Weder aus dem Gesetz, noch aus der Begründung ist ersichtlich, in welcher Weise die Aufbesserung der Gehälter erfolgen soll. — Es wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 28. Januar zu feiern. Der Vortrag über die Gesundheitspflege in der Volksschule wurde zur nächsten Sitzung, die am 7. Januar stattfinden soll, vertagt.

() **Zum Grenzverkehr.** Der Herr Regierungspräsident zu Marienwerder hat auf Vorstellung wegen Erleichterung des Grenzverkehrs dahin entschieden, daß er sich wegen der aus Rußland hier immer noch drohenden Gefahr der Einschleppung der Cholera gegenwärtig noch nicht befugt halte, die landespolizeiliche Anordnung vom 17. September, wonach der Uebertritt von Personen aus Rußland an andern Stellen als auf der Eisenbahnstation Thorn und auf dem Wasserwege über Schillno verboten ist, aufzuheben oder umzuändern.

§§ **Der westpreußische Städtetag** ist zur Abhaltung seiner nächsten Versammlung nach Thorn eingeladen worden. Die Zeit, in welcher die Versammlung stattfinden soll, ist noch nicht endgiltig festgesetzt, voraussichtlich wird jedoch, mit Rücksicht auf die Steuergesetze, die erste Hälfte des Januar hierzu gewählt werden.

∴ **Choleragefahr im Frühjahr.** Eine Denkschrift der Regierung über die Choleraepidemie ist dem Reichstage zugegangen. Dieselbe bemerkt inbezug auf die Choleraaussichten für die Zukunft, die Gefahr für das preußische Weichselgebiet werde im kommenden Jahre beträchtlich größer sein als in diesem Jahre, weil das Vordringen der Seuche für das Jahr 1893 in der wärmeren Jahreszeit zu erwarten ist.

() **Zum diesjährigen Holzverkehr auf der Weichsel.** Im Ganzen haben, wie s. Z. gemeldet, in diesem Jahre 1918 Traften die Grenze bei Schillno passirt. Dieselben enthielten: I. Kiefern-Hölzer 529756 Rundkiefern, 472360 Balken und Mauerlatten, 460211 Sleeper, 2223758 einf. und dopp. Schwellen, 600 Rundschwellen, 12506 Bretter und Bohlen. II. Tannen-Hölzer 27075 Rundtannen, 18518 Balken und Mauerlatten. III. Eichen-Hölzer 4341 Rundeichen, 75847 Rundschwellen, 61395 Plancons, 11180 Kreuzhölzer, 16587 Grubenpfähle, 997353 einf. u. dopp. Schwellen, 21303 einf. und dopp. Weichen, 9104 Tremsier, 308964 Stäbe, 88578 Blamiser, 82660 Speichen, 995 Bretter und Bohlen. IV. Verschiedene Hölzer 122657 Elsen, 7817 Eschen, 55 Espen, 4289 Birken, 617 Rüstern, 2717 Weißbuchen, 381 Rothbuchen, 38353 Schock Haseler Bundstöcke.

() **Von der Weichsel.** Das Wasser steigt. Heutiger Wasserstand 0,10 Meter über Null. Im unteren Stromlaufe scheinen sich Stopfungen gebildet zu haben. Die Eisdecke wird seit heute von allen Seiten von Passanten überschritten. Es dürfte nunmehr Zeit sein, daß die Polizeiverwaltung einen sichern Weg über die Eisdecke absteckt.

+ **Schwurgericht.** In der Sonnabend-Sitzung wurde die Strafsache gegen den Arbeiter Heinrich Piehl aus Ehrenthal wegen vorsätzlicher Brandstiftung und gegen die Käthner Rahnschen Eheleute aus Koelln wegen Anstiftung dazu verhandelt. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Am Morgen des 31. Mai brach etwa um 4 Uhr in dem Hause des Rahn Feuer aus. R. besitzt in Koelln 2 Häuser, von denen das neuerbaute etwa 500 Schritt von demjenigen abgelegen ist, in dem das Feuer entstand. Die Rahnschen Eheleute wohnten in dem neuen Hause; das alte hatten sie an den Einwohner Grajkowski verpachtet. Die Entstehungsursache des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Die Rahnschen Eheleute hatten kürzlich das neue Wohnhaus aufbauen lassen, was ihnen große Kosten verursachte. Sie konnten das Haus gar nicht einmal ganz fertig stellen lassen, da ihnen die Baarmittel ausgegangen waren. Ihre Vermögensverhältnisse waren derart schlechte, daß der Ehemann einige Tage vor dem Brande versuchte, von dem Gemeindevorsteher einen Bettelbrief zu erhalten, um sich auf diese Weise Geld und Lebensmittel zu verschaffen. Obgleich er den Betttelbrief nicht erhielt, ging er doch betteln. Das verpachtete Wohnhaus brachte wenig Nutzen, da die Pacht gering war und das Haus mitten auf dem Ackerlande ihnen im Wege war. Es war gegen Feuersgefahr mit 980 Mark versichert, repräsentirte aber nur einen wirklichen Werth von 500 bis höchstens 600 Mk. Einige Tage vor dem Brande, der übrigens im Entstehen gelöscht wurde, nahmen die Angeklagten Rahn den erst kürzlich aus dem Zuchthause entlassenen Piehl zu sich, der, wie sie angeben, bei ihnen Arbeiterdienste verrichten sollte. Darüber, welche Arbeiten Piehl verrichten sollte, welchen Lohn er erhalten und auf welche Zeit er engagirt war, wollen die Angeklagten nichts Bestimmtes angeben. Hierüber sei zwischen ihnen nichts vereinbart. Die Staatsanwaltschaft behauptet auf Grund der vorstehenden Thatsachen und auf Grund des Umstandes, daß an der Brandstelle Zunder und mit Petroleum getränkte Lumpen vorgefunden seien, daß der Brand vorsätzlich verursacht, daß Piehl der Brandstifter sei und die Rahnschen Eheleute ihn dazu verleitet hätten. Die sämmtlichen Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Die Beweisaufnahme konnte die Geschworenen von der Schuld der Angeklagten nicht überzeugen. Sie verneinten die Schuldfragen, worauf Freisprechung erfolgte. — Die Strafsache gegen die Arbeiterfrau Anna Wilczynska geb. Domalska aus Czychen wegen fahrlässigen und wissentlichen Meineides und gegen den Besitzer Anton Bieganski aus Robotno wegen Anstiftung zum Meineide, welche auf heute zur Verhandlung anberaumt war, wurde vertagt, weil mehrere Entlastungszeugen nicht erschienen waren.

— **Kloakenabfuhr.** Wie uns heute von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, scheint für die Abfuhr der Kloaken eine ständige Kontrole behördlicherseits nicht zu bestehen, da bei unserem Gewährsmann die Abfuhr seit circa 14 Tagen nicht besorgt wird. Abhilfe scheint im allgemeinen Interesse von Wichtigkeit zu sein.

— **Ein unnützer Bube,** Namens Tapper, macht sich in der Bromberger Vorstadt das Vergnügen, einen großen Hund auf Kinder zu hetzen. So wurden gestern mehrere Kinder von dem Hunde gebissen. Hoffentlich wird dem Burschen das Handwerk baldigst gelegt.

— **Unglücksfall.** Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr auf der Chaussee nach Mocker. Herr Kreisthierarzt Stöhr, welcher in Katharinenflur beruflich thätig gewesen war, kehrte um diese Zeit in Begleitung des Herrn Gutsbesitzer Werner auf dessen Schlitten in die Stadt zurück. In der Nähe des Kleemann'schen Holzplatzes am Militär-Kirchhofe kollidirte der Schlitten mit einem entgegenkommenden Schlitten. Die Deichsel des ersteren zerbrach und die Pferde gingen durch, wobei der Schlitten so zur Seite geschleudert wurde, daß Herr Stöhr herausstürzte. Die Pferde rasten fort und konnten erst eine Strecke weiter zum Stehen gebracht werden. Herr Werner, welcher bei dieser Affäre auch Verletzungen erlitten haben soll, fuhr mit einem andern Herrn nach der Unglücksstätte zurück, wo sich ihnen ein entsetzlicher Anblick bot: Herr Kreisthierarzt Stöhr lag mit einer blutenden Stirnwunde todt zwischen einem Prellsteine und einem Baum; der Sturz hatte einen Bruch des Genicks zur Folge gehabt. Die gesammte Bevölkerung betrauert den jähen Hingang des Todten, welcher nicht nur in Freundeskreisen, sondern auch bei allen, mit denen er amtlich zu thun hatte, seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und ärztlichen Tüchtigkeit wegen beliebt und hoch geschätzt war. Herr Kreisthierarzt Stöhr, an dessen Bahre die Gattin und sechs Kinder trauern, hat ein Alter von 52 Jahren erreicht.

** **Gefunden** ein anscheinend goldener Ring in der Gerberstraße. Näheres im Polizeisekretariat.

** **Verhaftet** 8 Personen.

Eigene Draht-Nachrichten

der „Thorner Zeitung."

Berlin, 12. Dezember. (Eingegangen 2 Uhr 40 Min.) Die Interpellation Buhl (nat.-lib.) betreffs der Löwe'schen Gewehre beantwortete Reichskanzler v. Caprivi in der heutigen Reichstagssitzung. Die gesammten Waffen der deutschen Infanterie seien überaus gute, die den Anforderungen der Kriegskunst völlig entsprechen. Dieses träfe voll und ganz auch bei den Löweschen Gewehren zu.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Oswald Knoll, Thorn.

Eigene Wetter-Prognose

der „Thorner Zeitung."

Voraussichtliches Wetter für den 13. Dezember. Etwas warmes, wechselnd bewölktes Wetter mit geringen Niederschlägen.

Telegraphische Schlußcourse.

Berlin, den 12. Dezember.

Tendenz der Fondsbörse: fester.		12. 12. 92.	10. 12. 92.
	Russische Banknoten p. Cassa	202,80	202,70
	Wechsel auf Warschau kurz	202,45	202,30
	Deutsche 3½ proc. Reichsanleihe	99,90	99,90
	Preußische 4 proc. Consols	106,90	106,90
	Polnische Pfandbriefe 5 proc.	63,30	63,70
	Polnische Liquidationspfandbriefe	— —	62,40
	Westpreußische 3½ proc. Pfandbriefe	96,90	96,90
	Disconto Commandit Antheile	177,50	176,70
	Oesterr. Creditaktien	165,60	165,25
	Oesterreichische Banknoten	169,35	169,40
Weizen:	Dezbr.-Januar.	152,50	153,50
	April-Mai	154,50	155,25
	loco in New-York	78,¾	78,⅞
Roggen:	loco	132,—	134,—
	Dezember	134,20	135,—
	Dezemb.-Januar	134,20	135,—
	April-Mai	135,20	136,—
Rüböl:	Dezember	50,20	50,60
	April-Mai	50,40	50,50
Spiritus:	50er loco	51,20	51,60
	70er loco	31,60	32,20
	Dezember	30,80	31,40
	April-Mai	32,30	32,90

Reichsbank-Discont 4 pCt. — Lombard-Zinsfuß 4½ resp. 5 pCt.

Am 11. d. Mts. Abends verstarb plötzlich in Folge unglücklichen Sturzes aus dem Schlitten, von einer Berufsreise heimkehrend, der

Kgl. Kreisthierarzt Herr Friedrich Stöhr.

Ein Menschenfreund und Freund der Menschen, allezeit hilfsbereit gegen Jedermann, unermüdlich und unverdrossen in seinem Amt und Beruf, treu demselben bis zur letzten Stunde, so ereilte und entriß ihn den Seinigen unerwartet das unerbittliche Geschick. — Die unterzeichneten Thierärzte verlieren in dem Verewigten einen biederen, zuvorkommenden, zu einem Rath gern bereiten Collegen.

Sein Andenken bleibt in Ehren!

Thorn, den 12. Dezember 1892.

Krause, Krieg, Pieczynski, Poss, R. Schmidt.

Mozart-Verein.

Dienstag Abend 8 Uhr:

Haupt-Versammlung

im Gymnasium; demnächst

Haupt-Probe.

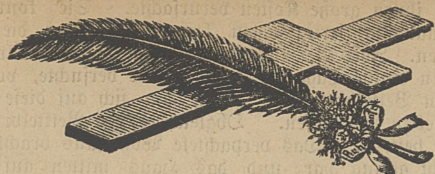
Mittwoch Abend 8 Uhr:

CONCERT

im Artushofe.

Nach dem **Concert** sind die **Nebensäle den Mitgliedern vorbehalten.**

Der Vorstand.



Gestern Abend 6½ Uhr wurde uns ganz plötzlich mein inniggeliebter Mann und unser guter Vater, der Königl. Kreisthierarzt

Friedrich Stöhr

durch den Tod entrissen.
Dies zeigen tiefbetrübt an.
Thorn, den 12. December 1892.

Elise Stöhr,
geb. Schultze
und Kinder.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachstehende

„Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 137, 138, 139 Satz 2 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 in Verbindung mit § 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 verordne ich für den Umfang des Regierungsbezirks zu Verhütung der Choleraeinschleppung was folgt:

§ 1. Den auf Traften von der russischen Grenze die Weichsel hinab fahrenden, aus Rußland und Oesterreich-Ungarn stammenden Flößern ist das Verlassen der Traften und das Betreten der Ufer in der Zeit von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens untersagt.

§ 2. Der Aufenthalt in den am Ufern belegenen Ortschaften ist den Flößern nur zum Zwecke des Einkaufs von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen in den Tagesstunden nach vorheriger Meldung bei der Gemeindebehörde oder der von dieser zu bezeichnenden und öffentlich bekannt zu machenden Stelle gestattet. Auch dürfen nicht mehr als zwei Mann von jeder Traft die Ortschaften betreten und sind diese verpflichtet, nach Erledigung der Geschäfte die Ortschaften zu verlassen und auf die Traften zurückzukehren.

§ 3. Die in § 1 genannten Flößer, welche nach Beendigung ihrer Fahrt die Weichsel auf der Strecke von der russischen Grenze bis Ostrometzko verlassen, dürfen nur unter Benutzung der Eisenbahn auf der Linie Brahnau-Schulitz-Thorn-Alexandrowo in ihre Heimath zurückkehren. Sie dürfen auch nur die Züge, welche Brahnau um 9 Uhr 48 Minuten Vormittags und um 5 Uhr Nachmittags bezw. Schulitz um 10 Uhr 2 Minuten Vormittags und um 5 Uhr 13 Minuten Nachmittags verlassen und nur die von der Bahnverwaltung besonders für sie zur Verfügung gestellten Wagen auf ihrer Reise benutzen.

§ 4. Die in § 3 bezeichneten Flößer sind verpflichtet, den an sie ergehenden Anweisungen der Polizeibehörden in Bezug auf ihren Aufenthalt am Ende der Thalfahrt, in Betreff ihrer Rückkehr und in Bezug auf ihren Aufenthalt auf den Eisenbahnstationen unbedingt Folge zu leisten. Sie dürfen die ihnen angewiesenen Unterkunftsräume und Eisenbahnwagen nur auf Anordnung der zuständigen Polizei- beziehungsweise Eisenbahnbeamten verlassen.

§ 5. Soweit durch Provinzial- oder Ortspolizeiverordnungen für einzelne Fluß- oder Bahnstrecken oder einzelne Ortschaften weiter gehende Beschränkungen angeordnet sind oder werden, behält es bei diesen sein Bewenden.

§ 6. Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 finden keine Anwendung, sofern das Betreten der Ufer und der Aufenthalt am Lande durch die Meldung von Erkrankungsfällen oder den Marsch zu den vorgeschriebenen Bahnzügen und Stationen bedingt wird.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, insoweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zum Betrage von sechszig Mark oder entsprechender Haft bestraft.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Marienwerder, den 4. November 1892.

Der Regierungs-Präsident.“

wird hierdurch zur allbemeinen Kenntniß gebracht.

Thorn, den 5. December 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

Polizei-Bericht.

Während der Zeit vom 1. bis Ende November d. Js. sind:
22 Diebstähle,
3 Widerstand gegen die Staatsgewalt,
1 Betrug,
1 Körperverletzung,
1 Urkundenfälschung,
1 Führung eines falschen Namens zur Feststellung, ferner
lüderliche Dirnen in 62 Fällen,
Obdachlose „ 8 „
Bettler „ 10 „
Trunkene „ 15 „
Personen wegen Straßenskandals und Unfug in 12 Fällen zur Arretirung gekommen.
1174 Fremde sind angemeldet.

Als gefund.eingeliefert u. bish. nicht abgeholt:
1 Portemonnaie mit 2 Silbergroschen,
1 Geldbeutel mit 4 Mk. 19 Pf.,
1 goldenes Pince-nez,
1 Stempel „B. Hoge“ (vom Königlichen Amtsgericht),
2 Taschenmesser,
20 Pf. und 10 Pf. baar,
1 Guthaben-Buch des Vorschuß-Vereins Thorn für Friedr. Klinger über 100 M.,
1 gelbmetallne Uhrkette (vom Königlichen Amtsgericht),
1 Pack enthaltend 2 wollene Hemden, Hemd- und Bettzeug,
1 Packet russischen Schnupftabak,
1 Sack mit einem Centner Kartoffeln,
2 Regenschirme, 2 Stöcke, Schlüssel,
2 Paar Handschuhe,
1 Gewerbeschein für „Emil Jahn“.

Von der Königlichen Staatsanwaltschaft eingeliefert:
a) 1 Portemonnaie mit 25 Pf. und 5 Papiermarken „Gustav Weese“,
b) Bekleidungsstücke und 1 Portemonnaie mit 1 Mk. eines am 6. Juni 1892 in der Nähe des hiesigen Stadtbahnhofs überfahrenen Mannes.

Von der Königlichen Zollabfertigungsstelle am Bahnhof eingeliefert:
ein mit Gepäcknummer 45 versehenes Collo in Leinen,
im deklarirten Bruttogewicht von 50 Kg. enthaltend gebrauchte Kleider, Wäsche und Betten am 4. September 1892 aus Rußland eingeführt.
Zugeflogen: 6 Gänse.

Die Verlierer bezw. Eigenthümer werden aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte binnen drei Monaten an die unterzeichnete Polizei-Behörde zu wenden.

Thorn, den 8. December 1892.

Die Polizei-Verwaltung.

Wohlthätigkeits-Vorstellung
Dienstag, 13. December 1892,
Abends 8 Uhr
im grossen Saale des Artushofes
zum Besten der hiesigen Armen
Dilettanten-Theater.
Zur Aufführung gelangen:
Dr. Kranichs Sprechstunde.
Schwank in 1 Act von **Adolf Reich.**
List und Phlegma.
Posse mit Gesang u. Tanz v. **Louis Angely.**
Karten zu numm. Plätzen à 1,00 Mrk. sind zu haben in der Buchhandlung von
Walter Lambeck.

Gewerbeschule für Mädchen
zu Thorn.
Oeffentliche Schlußprüfung des 16. Kursus in der höheren Töchterschule, Zimmer Nr. 27, II Treppen hoch
Sonntag, d. 18. December 1892
Vormittag 11 Uhr.
Neuer Kursus beginnt
Montag, den 9 Januar 1893
und schließt **Ende Juni 1893.**
Anmeldungen nehmen entgegen
K. Marks, Elisabethstraße 6
Julius Ehrlich, Thalstraße 22.

Oeffentlicher wissenschaftlicher
Vortrag
von Garnisonpfarrer **Rühle**
Donnerstag, den 15. Dezember,
Abends 7 Uhr
in der Aula des Gymnasiums.
Thema: **Die Heldenzeit des Volkes Israel**
Versuch einer Widerlegung der kürzlich über denselben Gegenstand vorgetragenen Ansichten.
Eintritt für Jedermann frei.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck in Thorn

Zwei Blätter.